## Nordisch neoliberal

## von Assar Lindbeck

Schweden gilt vielen als Vorbild, aber es gibt nicht nur das eine "schwedische Modell", sondern drei. Von der Variante des expandierenden Wohlfahrtsstaats hat sich das Land längst verabschiedet.

Schwedens Wirtschafts- und Sozialsystem gilt manchen als ideal, anderen als anormal. Tatsächlich jedoch hat es seit dem späten 19. Jahrhundert schon drei verschiedene "schwedische Modelle" gegeben.

Das erste währte etwa von 1870 bis in die 60er-Jahre. Während dieser liberalen Periode sorgte der Staat für marktunterstützende Gesetze, für Bildung, für die Gesundheit und für Infrastruktur. Noch 1960 entsprachen die staatlichen Gesamtausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in etwa den US-amerikanischen Werten dieser Zeit.

In dieser fast ein Jahrhundert dauernden Phase entwickelte sich Schweden, gemessen am BIP pro Kopf, von einem der ärmsten westlichen Länder zum drittreichsten. Mit anderen Worten: Schweden war schon reich, bevor der spendable Wohlfahrtsstaat ins Leben gerufen wurde.

Die zweite Phase dauerte von 1960 bis 1985. In dieser Zeit wurde zwar das Freihandelsregime aus der liberalen Periode beibehalten; doch der vorherrschende Impuls war die Schaffung eines großzügigen Wohlfahrtsstaats. In den späten 80ern erreichten die staatlichen Gesamtausgaben bis zu 65 Prozent des BIPs, während sie sich 1960 noch auf 30 Prozent belaufen hatten. Außerdem erreichten die Grenzsteuersätze für die meisten Vollzeitbeschäftigten 65 bis 75 Prozent. 1960 lag dieser Wert bei 40 Prozent.

Durch die Nivellierung der Lohnunterschiede und den starken staatlichen Zugriff auf Unternehmensgewinne verringerten sich auch die Anreize, zu arbeiten, zu sparen und Unternehmen zu gründen. Zudem wurden neue Arbeitsmarktbestimmungen eingeführt, von denen die wichtigste wohl die strikte Gesetzgebung zur Jobsicherheit war. Dieses Wirtschafts- und Sozialsystem ist meist gemeint, wenn vom "schwedischen Modell" die Rede ist.

Die Wirtschaftsleistung in dieser zweiten Phase war zwar nicht desaströs schlecht, aber sie war auch nicht beeindruckend stark. Zwischen 1970 und 1995 hinkte Schweden beim Pro-Kopf-BIP den Durchschnittswerten der reichen OECD-Länder um 18 Prozent hinterher. Infolge dieser Entwicklung fiel Schweden, gemessen am Pro-Kopf-BIP, in der OECD vom dritten auf den 17. Platz zurück. Das kann zwar zum Teil durch einen Aufholprozess erklärt werden, in dem weniger entwickelte Länder Technologien aus höher entwickelten importierten. Allerdings erklärt dies nicht, warum Schweden in diesem Zeitraum von 14 Ländern überholt wurde.

Die Aufhebung der Währungskontrollen in den späten 80ern und Schwedens EU-Beitritt in den frühen 90ern läuteten eine neue Ära ein - die des dritten schwedischen Modells. 1991 wurden die Grenzsteuersätze für große Teile der Bevölkerung um 10 bis 20 Prozentpunkte gesenkt. Diese Reformen genossen breite politische Unterstützung und wurden von einer sozialdemokratischen Regierung umgesetzt. Anschließend wurden hauptsächlich unter einer Mitte-rechts-Regierung mehrere Märkte dereguliert: Telekommunikation, Elektrizität, Straßentransport und bis zu einem gewissen Grad auch die Bahn.

Der Prozess der Deregulierung und Privatisierung setzte auch bei personenbezogenen Dienstleistungen ein, vor allem in der Kinder- und Altenbetreuung und im Bildungswesen. Ein Ziel dieser Entwicklung war es, Wettbewerb und Wahlfreiheit zu stärken.

Teils als Ergebnis dieser Reformen erholte sich ab Mitte der 90er das schwedische Wirtschaftswachstum. Bis heute konnte gegenüber anderen Industrieländern ein Drittel des seit 1970 erlittenen Rückstands beim Pro-Kopf-BIP aufgeholt werden. Dennoch bleibt Schweden durch eine hohe Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat gekennzeichnet. Rund 23 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter lebten in den letzten Jahren von staatlicher Unterstützung.

Die 2006 neu gewählte Mitte-rechts-Regierung hat sich der weiteren wirtschaftlichen Liberalisierung verschrieben. Sie will staatliche Betriebe privatisieren und die Bedingungen für Kleinunternehmen verbessern. Außerdem wurde die Vermögensteuer abgeschafft, nachdem die sozialdemokratische Vorgängerregierung bereits die Erbschaftsteuer gekippt hatte. Die Regierung hat die Lohnsteuer moderat gesenkt und manche Sozialleistungen eingeschränkt. Das soll der Entlastung des Staatshaushalts dienen und Erwerbstätigkeit im Vergleich zum Bezug von Sozialleistungen attraktiver machen.

Tatsächlich nähert sich Schweden heute also wieder dem liberalen Wirtschaftsregime an, das vor dem Staatsinterventionismus der 60er geherrscht hatte. Zwei Dinge gilt es aber zu berücksichtigen. Erstens: Alle Parteien sind sich einig, dass sämtliche Sozialtransfers weiter über Steuern finanziert werden sollen. Selbst wenn man also manch großzügige Sozialleistung einschränkt, ist es unwahrscheinlich, dass die Gesamtausgaben des Staates von aktuell 53 Prozent des BIPs dramatisch sinken.

Zweitens herrscht Konsens, dass die Regierung aktiver die Umwelt schützen soll, wobei zunehmend auf Marktinstrumente gesetzt wird.

Manche dieser Maßnahmen stehen im Gegensatz zum traditionellen Egalitarismus der Schweden. Die große Frage hinter der gegenwärtigen Liberalisierungswelle ist daher, wie lange das dritte schwedische Modell währt.

Assar Lindbeck ist Professor für Ökonomie an der Universität Stockholm.